
Sozialdemokratie in Vorarlberg



Rückblick auf ein Jahrhundert
Sozialdemokratie in Vorarlberg
aus Anlass des hundertsten Jahrestages
am 1. April 1999

Onlineausgabe

Autor, Herausgeber und Verleger:

Günter Dietrich A-6830 Rankweil, Stiegstraße 40a

E-Mail: dietrich.g@aon.at

Web: www.dietrich.at

Onlineausgabe 2003

© Günter Dietrich

Inhaltsverzeichnis

Sozialdemokratie	6
Vorläufer	6
Anfänge	8
Selbständigkeit	9
Umfeld	9
Bedrohung	10
Fremdhäßige	12
Bodenständige	14
Handwerker	15
Eisenbahner	19
Fabrikler	20
Übergang	23
Erste Republik	26
Tag der Arbeit	27
Widerstand	32
Wiederbeginn	34
Generationswechsel	35
Durchbruch	36
Bürgermeister	38
Auf und ab	41
Fußach	42
Pro Vorarlberg	44
Volksentscheide	46
Resümee	48
Literaturnachweis und Bildquellen	50

Vorwort

Vor einem Jahr, anfangs März 1998, saß ich bei der Fahrt von Wien nach Vorarlberg gemütlich im Zugabteil. Am Abend dieses Tages sollte ich für vierzigjährige Mitgliedschaft bei der SPÖ geehrt werden. Im Prinzip habe ich starke Vorbehalte gegen Ehrungen. Doch vierzig Jahre SPÖ sind auch ein beachtlicher Teil meines Lebens. Ausnahmsweise, so dachte ich, doch ein guter Grund, den langen Weg für diese Ehrung anzutreten. Wer war denn alles dabei, damals im Jahre 1958, als ich mich in der Sozialdemokratie zu engagieren begann? Mehrere Personen tauchten in meiner Erinnerung auf, möglicherweise treffe ich einige davon auch heute Abend?

In den vierzig Jahren haben sich bei mir zahlreiche, mitunter schon historische Dokumente angesammelt. „*Wann ich einmal Zeit haben werde*“, sagte ich mir früher, wenn ich wieder neue Papiere in mein Archiv stapelte, „*werde ich dies alles aufarbeiten*“. Jetzt habe ich Zeit, folge dessen ging ich an die Arbeit, kramte noch kurz bevor ich zur Ehrung ging in den alten Papieren. Ja richtig, stellte ich fest, die SPÖ Rankweil wird demnächst 110 Jahre alt und die SPÖ Vorarlberg im kommenden Jahr Hundert.

Mir selbst stellte ich schon wiederholt die Frage, wie wird aus einem jungen Menschen aus konservativem Umfeld, ein Sozialdemokrat oder gar ein Linker? So begann ich mein Leben aufzuarbeiten, Begebenheiten, Erinnerungen und Erfahrungen zu dokumentieren. In mein bislang ungeordnetes Archiv, Systematik hinein zu bringen.

Beim Versuch, die mir selbst gestellte Frage nach dem Grund, mich in der Sozialdemokratie zu engagieren, zu beantworten, bin ich immer wieder auf das gesellschaftliche Umfeld gestoßen. Woher kamen damals die Sozialisten in Vorarlberg, was hat diese dazu bewogen?

Eigene Erfahrungen als politischer Mensch der Nachkriegsgeneration, im Vergleich zur historischen Aufarbeitung aus den Anfängen der Arbeiterbewegung, geben interessante Ergebnisse. Die Arbeit an meinen persönlichen Reminiszenzen habe ich kurzfristig unterbrochen. Denn der hundertste Jahrestag der Vorarlberger Sozialdemokratie steht unmittelbar bevor. Vierzig Jahre davon, habe ich miterlebt. So stöberte ich nicht nur in meinen Erinnerungen und Unterlagen, sondern auch in historischen Publikationen zum Thema Sozialdemokratie in Vorarlberg. Das zusammenfassende Ergebnis ist auf den folgenden Seiten zu lesen. Es erhebt nicht den Anspruch auf Vollständigkeit, skizziert lediglich aus meiner bescheidenen Sicht sozialdemokratische Marksteine in Vorarlberg.

Günter Dietrich

Sozialdemokratie

In der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts fanden die großen politischen Auseinandersetzungen in Vorarlberg zwischen den Liberalen, repräsentiert von Industriellen, wie Carl Ganahl aus Feldkirch und den Klerikal-konservativen, wie Dekan Anton Ender, einem besonders scharfen „*Sozifresser*“, statt. Diesen Kampf haben die Liberalen bei der Landtagswahl 1870 gegen die *Kasiner* verloren. Es begann die große Zeit der Christlichen Arbeiterbewegung, mit dem Dornbirner Geistlichen Dr. Karl Drexel an der Spitze.

Wo sind die Wurzeln der Vorarlberger Sozialdemokratie zu finden?

Vorläufer

Wer tief in den Annalen sucht, stößt auf den Gerichtsadjunkt Kaspar Moosbrugger und dessen Schwager, den Bregenzerwälder Kleinbauern und Volksschriftsteller Franz Michael Felder. Bereits 1867, im Jahr der Gründung des ersten österreichischen Arbeiterbildungsvereins in Wien, konstituierten die beiden Sozialreformer, eine frühsozialistische, *Vorarlberg'sche Partei der Gleichberechtigung*, welche das heute selbstverständliche allgemeine und geheime Wahlrecht forderte und deren Grundgedanken auf Lassalle basierten. 1869 rief Kaspar Moosbrugger im *Vorarlberger Volksblatt* erneut zur Gründung von Arbeiterbildungsvereinen auf.

Franz Michael Felder, war heftigen Verfolgungen ausgesetzt. Die Geistlichkeit verteufelte ihn von der Kanzel herunter als Ketzer, Freimaurer und Antichristen. Morddrohungen

gegen ihn und seine Familie verdüsterten seine letzten Lebensjahre. Felder starb mit knapp 30 Jahren am 26. April 1869. Nach dem Tod seines Schwagers kam der am Bludener Bezirksgericht arbeitende Kaspar Moosbrugger zur Erkenntnis, daß er ein halbes Jahrhundert zu früh daran sei, und brach den begonnenen Parteaufbau wieder ab.

Kaspar Moosbrugger ist ein typisches Beispiel dafür, was es damals bedeutete, sozialistische Standpunkte zu vertreten. 1867 erhielt er durch das Ministerium eine schwere Verwarnung wegen seines gemeinsamen Auftretens mit Franz Michael Felder und wurde deswegen auch zeitlebens im Gerichtsdienst nicht mehr befördert. Er blieb der *ewige Gerichtsadjunkt*, während seine Studienkollegen zu Staatsanwälten aufstiegen.

Ein „*Irrsinniger, welcher der Valduna entsprungen war*“, wie die Konservativen sich ausdrückten. Wenigstens mußte er als Staatsangestellter nicht um seinen Arbeitsplatz und damit um die Existenz für sich und seine Familie fürchten.

Dieses *Privileg* genossen damals sonst nur wenige, etwa Eisenbahner oder Zöllner.



Kaspar Moosbrugger, 1861

Die Sozialdemokratie begann sich erst um 1890 in Städten und etlichen Gemeinden Vorarlbergs zu strukturieren, auch wenn sie als Landesorganisation zu diesem Zeitpunkt noch nicht selbständig war.

Der inzwischen pensionierte Gerichtsadjunkt Kaspar Moosbrugger trat auch wieder in Erscheinung, wenn auch eher publizistisch, als in der Tagespolitik. Doch sein Sohn, Jakob Moosbrugger, baute in Nüziders die lokale Parteibewegung auf und sein Enkel Pius Moosbrugger war in der Zweiten Republik Vizepräsident des Vorarlberger Landtages. Diese sozialdemokratische Linie in der Familie Moosbrugger läßt sich Generationen hindurch, bis zum heutigen Tag, nachvollziehen.

Anfänge

Ab Mitte der siebziger Jahre des 19. Jahrhunderts begann sich die sozialdemokratisch orientierte Arbeiterschaft zu organisieren. Die von dieser gegründeten Arbeiterbildungsvereine wurden von der Behörde streng observiert, schikaniert und oft aus nichtigem Grund wieder aufgelöst.

Als für den 1. Mai 1890 erstmals, für den in Paris proklamierten *Tag der Arbeit* aufgerufen wurde, sind vorsorglich zwei Kompanien des 6. Tiroler Jägerbataillons, zur Vermeidung von „*Excessen*“, ins Land beordert worden. So verlief dieser erste Tag der Arbeit in Vorarlberg ohne größere Demonstrationen. Aus der Sicht der Vorarlberger Arbeiterschaft war ihm nur bescheidener Erfolg beschieden.

Trotzdem, das Jahr 1890 brachte wesentliche Marksteine für die Vorarlberger Arbeiterschaft: Den Einigungsparteitag der Österreichischen Sozialdemokratie in Hainfeld, den Tag der Arbeit als internationale Aktion und die Konstituierung der Landesorganisation für Tirol und Vorarlberg der österreichischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Telfs. Die Vorarlberger Sozialdemokraten waren nicht mehr ganz auf sich allein gestellt.

Selbständigkeit

Vor hundert Jahren, am 1. April 1899, lösten sich die Vorarlberger Sozialdemokraten unter Führung von Koloman Markart, einem Schuhmachermeister aus Rankweil, von Tirol und erlangten somit die Selbständigkeit. Die Parteiorganisation für Tirol und Vorarlberg war von den Tirolern dominiert. Die Vorarlberger wollten nicht weiterhin auf der Stelle treten und den „*Jahren der Ruhe*“ ein Ende bereiten. Zumal zu diesem Zeitpunkt bereits 1.024 Vorarlberger, davon etwas mehr als ein Drittel Eisenbahner, sozialdemokratisch organisiert waren.

Eine eigenständige Parteiorganisation aufzubauen war ein mühsames Unterfangen, wie ein Brief von Hermann Leibfried, dem bedeutendsten sozialdemokratischen Politiker Vorarlbergs in der Monarchie, an das Reichsparteisekretariat in Wien bezeugt. Die Partei im Ländle, werde von der österreichischen Sozialdemokratie als „*fünftes Rad am Wagen*“ behandelt, beklagte er sich 1904.

Umfeld

Eine starke Industrialisierung, wie in Vorarlberg, galt gemeinhin als gute Voraussetzung für die Mobilisierung der Arbeiterschaft. Trotz Zehntausender in der Industrie und am Bau Beschäftigten, traf diese Schlussfolgerung in Vorarlberg nicht zu. Ein *Arbeiterproletariat*, wie in den Industrieregionen im Osten Österreichs, gab es nicht.

Dieses Phänomen begleitet die Sozialdemokratie durch das gesamte Jahrhundert ihres Bestandes. In der Anfangsphase gründete es auf den Umstand, dass Vorarlberger, die

in einem der Textilbetriebe arbeiteten, dies neben der kleinen Landwirtschaft oder der eigenen Stickerei taten. Sie blieben der Scholle wesentlich stärker verbunden, als der *Fabrik*. Zudem hatte das Wort von der Kanzel für sie große Bedeutung. Dies war oft gegen die *zugelaufenen Fremdhäßigen*, die *Sozis* gerichtet.

In der Textilindustrie wie bei den großen Bauvorhaben, waren überwiegend Arbeiter aus dem italienischen Trentino beschäftigt, welche für die Sozialdemokratie, aus Gründen auf die noch eingegangen wird, nur bedingt mobilisierbar waren. So hatten die Vorarlberger Sozialdemokraten ein wesentlich schwierigeres Terrain zu bearbeiten, als jene im Osten. Einzig in Dornbirn gelang es den Sozialdemokraten die Arbeiterschaft stärker zu mobilisieren. Hier hielten sich Handwerker und *Fabrikler* die Waage, während im Gegensatz zu den anderen Bezirken die *Eisenbahner* kaum eine Rolle spielten.

Bedrohung

Von Anbeginn an wurden die Sozialdemokraten und deren Aktivitäten von den Behörden, den Bezirkshauptmannschaften, der Kreisverwaltung und den übergeordneten Stellen sehr kritisch beobachtet, wurden unzählige Akten über sie angelegt und wenn irgend möglich ein Verbot ausgesprochen. Dies ging sogar soweit, daß vom Militärkommando in Innsbruck Kompanien des 6. Tiroler Jägerbataillons angefordert wurden.

Die Christlich-sozialen, mit dem Dornbirner Geistlichen Dr. Karl Drexel an der Spitze, waren bei der Wahl der Mittel gegen die *Sozis* nicht zimperlich, wie dies Koloman Markart und Hermann Leibfried, die ersten beiden Landesvorsitzenden

der Sozialdemokraten im Land, zu spüren bekamen. Das erfolgreiche Wirken Koloman Markarts in Rankweil war sowohl der Geistlichkeit des Ortes wie auch Bürgermeister Scheidbach, dem „*netten Sozifresser*“, ein Dorn im Auge. Der Rankweiler Pfarrer soll von der Kanzel herunter gepredigt haben, dem Schuster Markart keine Arbeit mehr zu übertragen. Schließlich bekam Markart nur noch von den entlang der Rheingrenze stationierten Zöllnern, die mit den Sozialdemokraten sympathisierten, Aufträge.

In seiner Existenz bedroht, nahm er 1906 das Angebot an, die Leitung des neu gegründeten Konsums in Bludenz zu übernehmen. Fortan übte er wichtige Parteifunktionen in der Alpenstadt aus, 1910 wurde er zum Gemeindevertreter gewählt.

Gegen Hermann Leibfried, Landesvertrauensmann nach Markart, wurde mit christlich-sozialem Antisemitismus und konservativen Moralvorstellungen argumentiert und wiederholt versucht ihn des Landes zu verweisen.

Im Vergleich dazu wirkten die vielen kleinen Aktionen, wie der massive Druck gegen Gastwirte, die sich getrauten den *Sozis* ihr Haus für eine Veranstaltung zur Verfügung zu stellen, das Verbot in lokalen Zeitungen, diese Veranstaltungen anzukündigen, geradezu harmlos.

Kein Wunder, dass sich in diesem Umfeld von Existenz bedrohender Abhängigkeit, von persönlicher Diskriminierung, latenten Verunglimpfungen, selbst von der Kanzel herab, nur wenige in der Sozialdemokratie engagieren wollten. Am wenigsten angestammte Vorarlberger. Außer sie waren sowohl vom Arbeitgeber, als auch von den örtlichen Honoratioren weitestgehend unabhängig und hatten so zumindest einen gewissen Freiraum, welcher ihnen politisches Handeln ermöglichte.

So war es für die auf der Walz nach Vorarlberg gelangenden Handwerker wichtig, ein Gasthaus zu finden, wo sie sich mit ihresgleichen treffen konnten. Die Eisenbahner hatten den unschätzbaren Vorteil, in der *Bahnhofsreste* einen Unterschlupf zu finden, die den Anfeindungen des Klerus nicht so ausgesetzt war. Kontakte mit den wenigen liberalen Honoratioren im Ort, wie dem Arzt dem Bahnhofsvorstand oder Postmeister waren für die Sozialdemokraten wichtig, wenn sie eine Parteistruktur aufbauen wollten.

Fremdhäßige

Mit der diskriminierenden Bezeichnung „*zugelaufener Fremdhäßiger*“ (der mit der fremden Kleidung) wurde damals im Land sehr leichtfertig umgegangen. Insbesondere, wenn neben der Herkunft auch die gesellschaftspolitische Orientierung nicht den konservativen Wertvorstellungen entsprach.

In der boomenden Textilindustrie arbeiteten viele junge italienische Mädchen, welche hier ihre Aussteuer verdienen wollten. Sie suchten keinen sozialen Anschluß, waren meist im *Polenta-Hof* isoliert und von Nonnen streng beaufsichtigt untergebracht . Nach wenigen Jahren kehrten sie wieder in ihre angestammte Heimat zurück.

Auch Bahnbauten und Flußregulierungen führten viele Männer aus dem Trentino ins Land. Die Vorarlbergbahn von Lindau nach Bludenz (1872), die Arlbergbahn (1880 - 1884) und die Bregenzerwaldbahn (1902) sind ebenso zu erwähnen, wie die Flußregulierungen von Rhein, Ill oder Frutz. Schon um 1850 hat Ingenieur Alois Negrelli, aus dem italienischen Teil der Monarchie stammend, weltweit bekannt geworden als Planer des Suezkanals, seine Spuren als exzel-

lenter Ingenieur im Ländle hinterlassen. Auf sein Konto geht auch der Bau der Schwarzachtobelstraße. In Hard entstand eine große Barackensiedlung, die bis zu 2000 italienischen Bauarbeitern notdürftige Unterkunft bot.

Bauarbeiten wurden von Akkordanten durchgeführt, welche in der Bausaison mit ihrer Arbeitspartie ein Baulos fertig stellten und dann sind alle gemeinsam wieder nach Deutschland oder in die Schweiz weiter gezogen oder in die Heimat zurück gekehrt. Mit wenigen Ausnahmen in Bludenz, Hard und Kennelbach, wo die Trentiner gelegentlich seßhaft wurden und sich auch der Sozialdemokratie zuwandten.

In der Anfangsphase hat die Vorarlberger Arbeiterbewegung die maßgeblichen Impulse jedoch durch Handwerker erhalten, welche auf ihrer Walz durch das damalige Kaiserreich, aber auch aus Deutschland bis nach Vorarlberg gelangten.

Oder durch Eisenbahner, die wegen ihren sozialistischen Aktivitäten, sogar aus Galizien, in mehreren Etappen, bis nach Vorarlberg strafversetzt wurden. In der (oft vergeblichen) Hoffnung, in diesem konservativen Umfeld würden sie von ihrem Vorhaben, sozialdemokratische Ideen zu verbreiten und Strukturen aufzubauen, abkommen.

Bodenständige

Atypisch war die Situation in der Bodenseegemeinde Hard. Es waren zu den Honoratioren des Ortes gehörende Selbständige, wie Berufsfischer, Sticker, Formstecher, je ein Gastwirt und Gemischtwarenhändler, seit Generationen bodenständige Harder, die am 28. Oktober 1893, den Arbeiter-Fortbildungsverein Hard gründeten. Dass die Initialzündung von einem *roten Agitator* von außen kam, blieb weitgehend unbemerkt.

Die führenden Harder Sozialdemokraten waren keine *Fremdhäßigen*, sondern Sozialisten in feinem Tuch, mit schwerer Uhrkette am Gilet, wie ein Bild des Gründers Ferdinand Häfele, seiner Profession nach Berufsfischer, zeigt. Überdies stammten sie aus seit Generationen ortsansässigen Familien, man denke nur an Hermann Hermann, sozialdemokratischer Gemeindevertreter in Hard und Nationalratsabgeordneter von 1919 bis 1933.

Im Gegensatz zum übrigen Land hatten die Liberalen in Hard, aber auch in Bregenz und Dornbirn, noch immer beachtliches politisches Gewicht, so daß das Terrain nicht von den Christlich-sozialen allein beherrscht werden konnte. Der Harder Pfarrer Franz Ulmer agierte maßlos übertrieben mit allen Mitteln gegen beide Gruppen, Sozialdemokraten und Liberale.

Doch diese klerikalischen Übergriffe führten in Hard zu einem politischen Zweckbündnis, das eines „*rot-blauen Verbandes*“. Auch spielte bei Veranstaltungen der Arbeiterschaft die örtliche Musikkapelle auf. Diese getraute sich als eine der wenigen Musikkapellen im Land, dem Druck der *Clericalen* zu widersetzen. Für die übrigen galt das Diktat: „

Vom Arlberg bis zum Bodensee soll sich keine Musikkapelle getrauen, bei den Festlichkeiten der Sozis mitzuwirken.“ Daher wurden die Rankweiler Genossen 1899 von der Landesleitung beauftragt, eine Arbeiter-Musikkapelle zu gründen, damit diese zur musikalischen Umrahmung sozialdemokratischer Veranstaltungen im Lande beigezogen werden könne.

1894 stellten die Harder Sozialisten vier Kandidaten für die Gemeindevertretung auf. Zwei wurden gewählt, den beiden andren fehlte jeweils nur eine Stimme. Die Bodensee-gemeinde hatte damit die ersten sozialistischen Gemeindevertreter Vorarlbergs gewählt.

Handwerker

Knapp 40 Prozent der Vorarlberger Sozialdemokraten waren Handwerker. Allein die drei „*Sch*“, die Schneider, Schreiner und Schuster, stellten ein Viertel der Mitglieder. Bezeichnend für die große Bedeutung dieser Berufsgruppe beim Aufbau der Arbeiterbewegung in Vorarlberg sind der Schuster Koloman Markart und der Schriftsetzer Hermann Leibfried, welche die Vorarlberger Sozialdemokratie als Landesvertrauensmänner in der Monarchie führten.

Koloman Markart, 1863 in Südböhmen geboren, ging als Schustergeselle, dem damaligen Brauch folgend, auf die Walz. Seine Wanderschaft führte ihn über Wien, St. Pölten, Leoben und Rattenberg in Tirol, 1890 nach Rankweil. Der Sozialdemokratie war er 1885 in St. Pölten beigetreten. Auf seinem langen Weg bis nach Vorarlberg hat er *„so manchen der Sozialdemokratie zugeführt“*. In Rankweil schloß er sich dem Arbeiterbildungsverein an. Dieser war kurz zuvor vom Jung-

bauern Franz Mathis, den Fabrikarbeitern Alois Märk und Philipp Knecht, alle bodenständige Rankweiler, gemeinsam mit einigen aus Deutschland und der Schweiz stammenden Handwerksgesellen gegründet worden.

Von 1896 bis 1900 war **Koloman Markart** Landesvertrauensmann der Vorarlberger Sozialdemokraten. 1897 und 1901 deren Kandidat für die Reichsratswahl, Aufgrund des damaligen Kurienwahlrechts allerdings ohne große Erfolgchancen.



Mit **Koloman Markart** war Rankweil eine sehr erfolgreiche Ortsgruppe, kurzfristig wurde sogar die Landesparteilitung hierher verlegt.

Der bedeutendste sozialdemokratische Politiker Vorarlbergs in der Monarchie war wohl Hermann Leibfried. Mit 17 Jahren begab er sich nach Abschluß seiner Lehre als Schriftsetzer von Sindelfingen in Württemberg auf die Walz. Über Zürich, Wien und auch andere Stationen kam er 1900 als 22-jähriger nach Vorarlberg, wo er in der Druckerei Teutsch in Bregenz Arbeit fand. Schriftsetzer wie Leibfried und auch Drucker haben in der Sozialdemokratie wiederholt bedeutende Aufgaben wahrgenommen. Franz Jonas brachte es bis zum Bundespräsidenten und Finanzminister Rudolf Edlingers Laufbahn hat mit einer Lehre als Lithograph begonnen.

Hermann Leibfried brachte neue Ideen und frischen Schwung in die Vorarlberger Arbeiterbewegung, war deren langjähriger Landesvertrauensmann, leitender Redakteur der

Vorarlberger Wacht und Sekretär von Gewerkschaft und Partei während des Ersten Weltkriegs. Alle diese Aufgaben nahm er ehrenamtlich wahr, obwohl er wiederholt von der Parteileitung in Wien gedrängt wurde, als Sekretär hauptberuflich das nach wie vor schwache Glied der Sozialdemokratie im Westen zu stärken. Leibfried wollte unabhängig bleiben, er war sowohl *Seele* wie *Wachhund* der Sozialdemokratie in Vorarlberg.

Die Christlich-sozialen, allen voran der Dornbirner Geistliche Dr. Karl Drexel, versuchten mit allen Mitteln, Leibfried aus dem Land zu vertreiben. Als ein vermeintliches Indiz auftauchte, Leibfried sei jüdischer Abstammung, trat der ausgeprägte Antisemitismus in Vorarlberg unverblümt ans Tageslicht. Als auch dies nicht zum Ziel führte, **Hermann Leibfried** aus Vorarlberg zu treiben, versuchten es die Konservativen mit der Moral: Leibfried lebe in „*wilder Ehe*“ mit Maria Leibfried-Brüstle, die beiden hätten sogar zwei Kinder miteinander.



Die politischen Gegner schafften es nicht, dem umtriebigen Wirken Leibfrieds ein Ende zu breiten, eine Grippe sehr wohl. Vier Wochen vor Ende des Ersten Weltkriegs starb Hermann Leibfried im Alter von vierzig Jahren.

Anton Linder, 1880 in Rumänien geboren und Tapezierer, zog es auf seiner Wanderschaft vorerst nach Zürich. 1909 gründete er dort eine *Sozialistisch-revolutionäre Liga der Schweiz* und vertrieb auch eine Reihe von anarchistischen Schriften. Auf Beschluß des Schweizer Bundesrates (Regierung) vom 20. Jänner 1911 wegen „*anarchistischer und antimilitaristischer Propaganda*“ aus der Eidgenossenschaft ausgewiesen. Daraufhin verbrachte er einige Jahre in Innsbruck, wo er seine Radikalität ablegte und sich zum Sozialdemokraten wandelte.

Die Vorarlberger holten 1914 Linder, nicht zuletzt wegen seiner großen Rednergabe, nach Vorarlberg, um hier als Partei- und Gewerkschaftssekretär zu arbeiten. Doch nur kurz, denn im August 1914 wurde er im Zuge der allgemeinen Mobilmachung nach Wien abkommandiert.

Nach dem Krieg kam Linder aber wieder ins Land. Er wurde Landessekretär der Sozialdemokratischen Partei in Vorarlberg, Stadtvertreter in Dornbirn, Mitglied des Bundesrates von 1921 bis 1934 und Abgeordneter zum Vorarlberger Landtag. 1934 wurde er verhaftet, konnte dann aber ins Ausland emigrieren, wurde Präsident des Vereins der Österreicher in der Schweiz.

In der Zweiten Republik wurde er Sekretär des Gewerkschaftsbundes im Land, Abgeordneter zum Nationalrat (1945-1949) und Arbeiterkammerpräsident (1946-1956).

Eisenbahner

In Bludenz und Feldkirch stellten die Eisenbahner die Hälfte der Sozialdemokraten, in Bregenz zu knapp einem Drittel. Die Eisenbahner mußten weniger um ihre berufliche Existenz fürchten, traten daher mit großem Selbstbewußtsein auf. Wie die Handwerker auf der Walz, hatten die Eisenbahner auch die gesellschaftspolitische Entwicklung außerhalb der engen Grenzen des Landes kennen gelernt und neue Ideen ins Land gebracht.

Von den zahlreichen Eisenbahnern, sind Fritz Preiß und Johann Mayer besonders hervorzuheben. Fritz Preiß, geboren 1877 in Kärnten, Lokführer von Beruf, wurde 1908 nach Feldkirch und acht Jahre später nach Bregenz versetzt. Zwischen 1918 und 1932 war er sozialdemokratischer Stadtvertreter in Bregenz und Landtagsabgeordneter. Bereits am 3. November 1918, also eine Woche bevor am 12. November 1918 in Wien die Republik Österreich proklamiert wurde, bestellte die Provisorische Landesversammlung Fritz Preiß zum Stellvertreter des Landespräsidenten (Landeshauptmannes) Dr. Otto Ender. Seine Bestellung in dieses Amt erfolgte auf Vorschlag des Christlich-sozialen Jodok Fink.

Johann Mayer hat nicht weniger nachhaltige Spuren in Vorarlberg hinterlassen. Immer wieder wurde er bei der Eisenbahn versetzt. Man wollte so seiner „*politischen Wühlarbeit*“ ein Ende bereiten. 1902 kam Johann Mayer zum ersten Mal, im Jahre 1912 endgültig nach Vorarlberg, weil man glaubte, dass er hier in der „*richtigen Umgebung*“ sei.

Vorarlberg war wirklich das richtige Betätigungsfeld für ihn, der schon ein halbes Dutzend sozialistischer Organisationen in Salzburg und Tirol aufgebaut hatte. Wenn dies auch nicht im Sinn der wiederholten Strafversetzungen war.

Bald kannte ihn jedermann in Bregenz unter seinem Spitznamen „*Sozi-Mayer*“. Bereits 1913 wurde er in den Gemeindevorstand Rieden-Vorkloster gewählt, später zum Stadtrat von Bregenz. Unermüdlich war er in der Kommunalpolitik, in der Eisenbahnergewerkschaft, bei den Kinderfreunden, der Sozialistischen Jugend, der Partei und deren Organisationen aktiv.

In der Sozialdemokratie war er als „*Vater Mayer*“ geschätzt, von den politischen Gegnern wurde er eher gering schätzig als „*Sozi-Mayer*“ titulierte. Beide Bezeichnungen charakterisieren ihn treffend. Er war der (Groß)vater des größten politischen Erfolgs, den die Sozialdemokratie im Westen Österreichs je erreichen konnte.

Aufbauend auf das organisatorische Fundament seines Großvaters Johann, seines Vaters Josef und des Onkels Hans, mit gleicher Akribie und persönlichem Einsatz wie diese, hat in der dritten Generation der Enkel Dipl.-Ing. Fritz Mayer als Bürgermeister der Landeshauptstadt Bregenz das politische Geschehen dominiert. In den 70er und 80er Jahren des 20. Jahrhunderts war *Sozi* zu sein und *Mayer* zu heißen, in Vorarlberg das Synonym für großen politischen Erfolg.

Fabrikler

Im konservativen Vorarlberg des vorigen Jahrhunderts war es schon für Männer äußerst schwierig und mitunter Existenz bedrohend, sich zu der Sozialdemokratie zu bekennen. Frauen nötigte dies eine noch größere Standfestigkeit ab. Im bigott religiösen Vorarlberg wurden damals Frauen, die sich offen zur Sozialdemokratie bekannten, von den Christkonservativen als Dirnen bezeichnet. Die beinharte

Gleichung, „Sozialdemokratin ist Hure“, ist mehrfach in Vorarlberger Zeitungen bis nach der Jahrhundertwende dokumentiert. In dieser stockkonservativen Umgebung waren für eine Frau nicht ökonomische oder ideologische Beweggründe maßgebend, sich doch zur Sozialdemokratie zu bekennen, sondern tiefe Verletzungen durch bornierte Repräsentanten der katholischen Kirche.

So auch für die junge Textilarbeiterin Maria Leibfried-Brüstle, maßgebliche Sozialdemokratin der ersten Stunde.



Maria Brüstle kam 1869 als lediges Kind einer Bauerntochter und eines italienischen Saisonarbeiters zur Welt. Um ihre kränkelnde Mutter zu unterstützen trat Marie als Zwölfjährige in der Fabrik Herrburger & Rhomberg in Dornbirn ein. Fünf Jahre später starb die in ärmlichen Verhältnissen lebende Mutter. Noch bevor der Sarg, so ist von Maria wörtlich überliefert, in der Erde verschwunden war, fragte der Priester: „*Und wer zahlt mir jetzt das Vergraben?*“

Dieses Erlebnis verletzte das junge Mädchen tief. Maria Brüstle kehrte der Kirche den Rücken und beschloss in der Folge, so um das Jahr 1890, Sozialdemokratin zu werden. **Maria Leibfried** baute die sozialdemokratische Frauenorganisation auf, deren erste Landesvertrauensperson (Landesfrauen-

vorsitzende) sie viele Jahre hindurch war. Ebenso zählt sie zu den Gründern der Dornbirner Parteiorganisation. 1901 wurde sie als Schriftführerin der Union der Textilarbeiter, somit zur ersten weiblichen Funktionärin einer Gliederung der Partei, gewählt.

Die Not des Ersten Weltkrieges bewirkte eine Mobilisierung in der weiblichen Bevölkerung. Sie hatten die Hauptlast der enormen Versorgungsschwierigkeiten zu tragen, mußten sowohl verstärkt männliche Arbeitskräfte ersetzen, wie Aufgaben in der Partei übernehmen. Maria Leibfried - sie hatte inzwischen mit Hermann Leibfried eine Familie gegründet - gelang es in Rankweil und im Stickereizentrum Lustenau neue Frauenorganisationen zu gründen. Offensichtlich sehr erfolgreich, den 1914 scheint Maria Turek, Wirtin des Gasthauses „Zum Mohren“ in Rankweil, als Landesvertrauensperson auf.

Die Funktionsbezeichnungen jener Zeit wirken heute etwas verwirrend. Der Landesvorsitzende der Partei wurde als *Landesvertrauensmann* bezeichnet, hingegen die Landesvorsitzende der Frauenorganisation der Partei, als *Landesvertrauensperson*. Die Emanzipation der Sozialdemokratie war doch noch nicht so weit fortgeschritten, um den Begriff *Landesvertrauensfrau* zu verwenden.

Im Vergleich zu den Christlich-sozialen dennoch sehr emanzipatorisch. Erst ab 1906 begannen die Konservativen, christliche Organisationen für Arbeiterinnen in den Städten aufzubauen. War es in den Jahrzehnten vorher noch undenkbar gewesen, daß katholische Frauen an einer politischen Veranstaltung teilnahmen, so konnte Mann ihnen dies nach Etablierung eigener Vereine schwer vorenthalten. Allerdings

durften sie sich nicht im Parkett aufhalten: Mann verbannte sie als schweigende Staffage auf die Galerie.

Das Wahlrecht für Frauen wurde erst unter der Staatsregierung Karl Renner am Beginn der Ersten Republik eingeführt. Eine alte sozialdemokratische Forderung wurde damit von der Sozialdemokratie verwirklicht. Zum eigenen Nachteil, denn bei der ersten Wahl mit Frauenwahlrecht im Jahre 1920, ging die sozialdemokratische Mehrheit in Österreich für genau ein halbes Jahrhundert verloren.

1959 wurde die erste Vorarlberger Sozialdemokratin in eine gesetzgebende Körperschaft gewählt. Anna Mayr aus Hard war von 1959 bis 1966, ihrem frühen Tod im Alter von 44 Jahren, Abgeordnete zum Vorarlberger Landtag.

Übergang

Das Ende der Monarchie brachte auch dem Land Vorarlberg die Selbständigkeit. Anfang November 1918 erklärte die Provisorische Landesversammlung Vorarlberg unter Berufung auf das Selbstbestimmungsrecht „*als eigenes selbständiges Land*“. Bis dahin war Vorarlberg der Verwaltung in Innsbruck untergeordnet. Die Sozialdemokratie hatte ihre Selbständigkeit schon zwei Jahrzehnte zuvor erwirkt.

Wie es um den neuen deutsch-österreichischen Staat bestellt sein soll, konnten sich die im Landhaus versammelten Parteienvertreter zu keiner Stellungnahme durchringen. Die Mehrzahl der Vorarlberger Christlich-sozialen trat innerlich für eine konstitutionelle Monarchie, für eine Verbindung von Demokratie und Monarchie nach englischem Vorbild ein. Eine selbständige Bauernrepublik Vorarlberg stand

aber ebenso zur Debatte, wie der Anschluß an die Schweiz oder Deutschland. Die Sozialdemokraten, obzwar überzeugte Demokraten, hielten zwar bis zum Ende des Ersten Weltkrieges der Monarchie die Treue. Nach dem Zusammenbruch des Kaiserreiches Österreich-Ungarn traten sie jedoch uneingeschränkt für eine deutsch-österreichische Republik ein.

Jodok Fink, Bauer aus Andelsbuch und christlich-sozialer Reichsratsabgeordneter seit 1897, gehörte zu jenen Konservativen, die sowohl in Vorarlberg als auch in Wien – auch gegenüber seinen Parteifreunden im Land – vehement und erfolgreich für die Gründung der Republik eintraten. Er war ein Verfechter der Zusammenarbeit der beiden großen Parteien und ein Gegner der Vorarlberger Anschlußbewegung an die Schweiz, welche 1920 bei einer Volksabstimmung ein überwältigendes Votum für den Anschluß erzielte.

Sein Wort hatte nicht nur im Land großes Gewicht, schließlich ging die Bildung der Provisorischen Landesregierung mit der Selbständigkeitserklärung auf seine Initiative zurück, sondern auch in Wien, als Obmann des christlich-sozialen Klubs im Nationalrat und Präsident der Provisorischen Nationalversammlung.

Als Karl Renner in Wien mit der Bildung einer gemeinsamen Regierung aus Sozialdemokraten und Christlich-sozialen beauftragt wurde, wollte und konnte er nicht auf Jodok Fink verzichten, dem überzeugten Vertreter der Zusammenarbeit der beiden großen politischen Lager und aus Wiener Sicht auch Garant gegen die Spaltungstendenzen im Westen Österreichs, dies betraf nicht nur Vorarlberg, sondern auch Tirol.

Jodok Fink sollte als Vizekanzler in die Regierung Renner berufen werden. Doch dieser befand sich zu diesem Zeit-

punkt in Andelsbuch im Bregenzerwald. Wie konnte er informiert und gefragt werden, ob er dazu bereit wäre? Die Telefonleitung in den Bregenzerwald funktionierte in jener Zeit, zu Ende des Ersten Weltkriegs nicht.

So nahm Renner mit dem Provisorischen Landesausschuß in Bregenz Kontakt auf und ersuchte um Hilfe. Dem Landesausschuß gehörte, wie erwähnt, Fritz Preiß als stellvertretender Landeshauptmann an.

Fritz Preiß war nicht nur ein führender Sozialdemokrat, er war auch Eisenbahner, sogar Lokomotivführer. So begab sich der *Fremdhäßige* Fritz Preiß zum Bahnhof Riedenburg der Bregenzerwaldbahn, heizte eine Dampflok an und fuhr mit



dieser nach Andelsbuch, zu Jodok Fink. Dieser packte seine sieben Sachen zusammen und fuhr mit Fritz Preiß auf der Dampflok nach Bregenz und dann, zwar nicht mit dieser Dampflok, aber doch mit der Eisenbahn, weiter nach Wien und wurde als Vizekanzler der Staatsregierung Renner angelobt. **Fritz Preiß, der zugelaufene Fremdhäßige,** hat somit nicht nur kräftige Impulse in die Vorarlberger Sozialdemokratie

gebracht, sondern darüber hinaus auch einen persönlichen Beitrag beim Start der Republik Österreich geleistet.

Erste Republik

Die Staatsregierung Renner war nur zwei Jahre im Amt, hat in dieser Zeit jedoch in Österreich entscheidende Verbesserungen für die Arbeiterschaft eingeführt. Der Acht-Stunden-Tag wurde ebenso verwirklicht, wie die Arbeiter das Recht auf Urlaub und die Frauen das Wahlrecht erhielten. Zur Wahrnehmung der Interessen der Arbeiterschaft wurden die Arbeiterkammern geschaffen.

Bei der ersten Arbeiterkammerwahl 1921 hatten die Sozialdemokraten in Vorarlberg einen großen Erfolg. Die Wahl von Wilhelm Siess, Eisenbahner aus Bludenz, zum Präsidenten der Arbeiterkammer, war ein historisches Ereignis: Zum ersten Mal hatten die Sozialdemokraten in einer öffentlichen Institution in Vorarlberg die Mehrheit.

Dies stärkte das Selbstbewußtsein und gab den Sozialdemokraten in Vorarlberg Auftrieb. Anton Linder, ein in Rumänien geborener Tapezierer, wurde zum Leiter des Landesparteisekretariats in Dornbirn bestellt, von 1921-1934 war er auch Mitglied des Bundesrates. In der Landesregierung waren die Sozialdemokraten durch Fritz Preiß aus Bregenz vertreten, welcher auch das damals ebenfalls neu geschaffene Landesarbeitsamt leitete. Dem Nationalrat gehörte Hermann Hermann, aus einer bodenständigen Harder Familie stammend, an. Die genannten repräsentierten zu jener Zeit die Spitze der Vorarlberger Sozialdemokratie und prägten aus Sicht der Arbeiterschaft das politische Geschehen.

Trotzdem, die Vorarlberger waren auch damals das schwächste Glied in der österreichischen Sozialdemokratie.

Doch immerhin brachten sie es im Ländle in der Ersten Republik auf 30 Lokalorganisationen, mit knapp über 3.000 Mitgliedern und bei den Wahlen erreichten sie einen Stimmenanteil bis zu 22,3 Prozent.

Intensiv wurde zu jener Zeit am Aufbau einer sozialistischen Gegengesellschaft zur nach wie vor herrschenden christlich-sozialen Dominanz gearbeitet. Allein in Bregenz sind 16 sozialdemokratische Vereine aus der Zeit der Ersten Republik bekannt. Ein breites Spektrum wurde durch diese Vereine abgedeckt: der Touristenverein Naturfreunde, zwei Arbeiterradfahrvereine, ein Arbeiterturnverein, ein Arbeiterfußballclub, die Kinderfreunde, der Verein Arbeiterheim, der Arbeiterabstinentenbund, der Arbeitergesangsverein oder die Musikkapelle der Bundesbahn.

Tag der Arbeit

1890 rief der Pariser Sozialistenkongress die europäische Arbeiterbewegung zu Demonstrationen am 1. Mai auf. Schon einige Jahre zuvor war an diesem Tag in den USA für die Einführung des Achtsturentages demonstriert worden.

Auch in den Städten Vorarlbergs waren für den 1. Mai 1890 Aktivitäten von Arbeitern, vorrangig Handwerksgelesen, angesagt. An diesem Tag sollte die Arbeit niedergelegt und demonstriert werden. Im bürgerlichen Lager wurde eine Revolution befürchtet. Von der Behörde wurden Gendarmerie und Militär mobilisiert. Vorsorglich wurden sogar zwei Kompanien des 6. Tiroler Jägerbataillons, zur Vermeidung von „Excessen“, ins Land beordert. Die Staatsmacht versuchte im Verband mit den Industriellen jede, auch nur

ansatzweise Form von Feier oder Aufmarsch der Arbeiterschaft zu unterdrücken.

In Bregenz waren die Drohungen der Staatsgewalt so massiv, dass an eine Demonstration nicht zu denken war. Auch der Versuch am Abend des 1. Mai eine Versammlung mit dem Thema „*Der achtstündige Arbeitstag*“ abzuhalten, wurde letztlich von der Behörde auch verboten. So konnte der Uhrmachergeselle Bartels seine für den Arbeiterfeiertag geplante Festrede zu diesem Thema erst mit siebzehntägiger Verspätung bei einer andern Gelegenheit halten.

In Dornbirn ließen sich 200 Arbeiter weniger einschüchtern. Im Polizeibericht ist zu lesen: „*Sie kampieren teils im Bad Haslach, teils im ‚Rößle‘, sowie promenierend in Victor Hämmerles Anlagen Zanzenberg, verhalten sich ruhig*“. Im Polizeibericht von Bludenz ist vermerkt: „*Die wenigen sozialistischen Arbeiter sammeln sich an diesem Tage zu einem Ausflug in das Bierhaus Ludesch, woselbst diese den Beschluß faßten, einen Arbeiterbildungsverein zu gründen*“.

„*Die Rankweiler Genossen zogen mit Fahne und Musik über Sulz nach Röthis*“, ist über den 1. Mai 1893 in Rankweil überliefert.

Wie kein anderer Anlaß, vermittelten die Maikundgebungen große Wirkung in der Öffentlichkeit. Maiumzüge bedeuteten eine „Heerschau“ der Arbeiterbewegung. Man sah, wie viele sich getrauten, ihre Gesinnung in der Öffentlichkeit zu zeigen. Es erforderte schon „*Mannesmut*“ und „*Republikanertum*“, um sich so offensichtlich zu jenen „*Gottlosen*“ zu bekennen, die von den Christlich-sozialen als „*Pöbel*“, als „*ungebildete, rohe Horde*“ beschimpft wurden.

Die Erste Republik brachte den 1. Mai als gesetzlich festgelegter Feiertag. So bekam der *Tag der Arbeit* auch für die Vorarlberger Sozialdemokratie große Bedeutung. Mit Fahnen, Transparenten und wenn möglich mit Musik, zogen die Sozialdemokraten aus den größeren Orten in die nächste Stadt zur Maikundgebung. Zwischen eintausend und zweitausend Teilnehmer wurden 1920 jeweils in Bregenz, Dornbirn, Feldkirch und Bludenz gezählt.

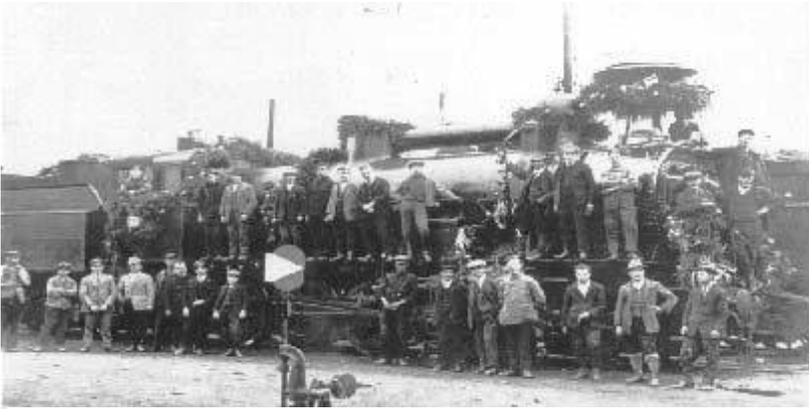


Hoch der 1. Mai!

Auf dem Weg vom Arbeiterviertel Vorkloster zur Maikundgebung in der Stadt Bregenz. Ende der zwanziger Jahre.

Diese Machtdemonstrationen der Sozialdemokraten in Vorarlberg wollten die Christlich-sozialen nicht untätig hinnehmen. Die Bauern wurden daran erinnert, daß der 1. Mai der beste Tag fürs „*Türkastecka*“ sei, den Kindern wurde verboten an Maikundgebungen teilzunehmen und die Bundesbahndirektion verbot den Eisenbahnern die Lokomotiven für den 1. Mai zu schmücken.

Insbesondere der Arbeiterflügel der Christlich-sozialen Partei bemühte sich um Alternativen zu den Maiveranstaltungen der Sozialdemokraten, eine „*viel idealere Maifeier*“ zu schaffen, einen „*Damm*“ gegen die „*rote Flut*“ zu bilden. 1929 verlegte der Rankweiler Pfarrer Strasser das Kapellenweihfest vom 25. März auf den 1. Mai. Ein Jahr später wurde die Absicht dieser Verlegung mit der Abhaltung einer Licherprozession an diesem Tage deutlich. Liebend gerne kamen die



Die Eisenbahner schmückten die Lokomotiven zum 1. Mai, Bludenz 1925

christlichen Arbeitervereine des Landes der Einladung des Rankweiler Pfarramtes und des (christlich-sozialen) Dornbirner Sekretariats nach, an der *Lichterprozession* am 1. Mai in Rankweil teilzunehmen. Ein „*gewaltiger Festzug, bunt belebt durch zahlreiche Vereinsfahnen und in strammem Schritt, gehalten durch die Märsche der (christlich-sozialen) Arbeitermusikkapellen aus Dornbirn und Frastanz*“ formierte sich in der Bahnhofstraße und zog zur Gnadenkirche. Auf dem Kirchplatz sprach der christlich-soziale Arbeiterkammerrat Leuprecht, noch vor dem Bischof Waitz, „*vom Anlaß des Tages, von der Not und den Kämpfen der Arbeiter und von den Grundsätzen der christlichen Arbeiterschaft*“. Danach traf man sich im „Löwen“, wo die Musikkapellen für gehobene Stimmung sorgten und der Feier den Charakter einer „*gewaltigen Katholikenkundgebung*“ verliehen.

Wie eng damals Katholizismus und Politik verbunden waren, ist auch daran zu erkennen, dass am 1. Mai 1933 die Landeskonferenz des christlich-sozialen Volksvereins im „Löwensaal“ in Rankweil tagte. Landeshauptmann Dr. Otto

Ender referierte zum Thema „Kampf oder Kapitulation: *“Menschliche Einrichtungen überleben sich. So scheint der Parlamentarismus in seiner heutigen Form ausgelebt zu haben“.* Tatsächlich war bereits ein Jahr später der Parlamentarismus in Österreich beseitigt, die politischen Auseinandersetzungen arteten in einen Kampf mit Waffen aus und die Kapitulation gegenüber dem Nationalsozialismus war die Folge. Der *Löwen* ist inzwischen längst abgebrannt, Demonstrationen wie damals am 1. Mai, gibt es auf beiden Seiten auch nicht mehr. Rein äußerlich waren sie sich ohnedies sehr ähnlich.



Demonstration der Vorarlberger Sozialdemokraten
gegen Faschismus und Krieg
am 26. September 1928 in Dornbirn

Widerstand

Der Austrofaschismus setzte im Jahre 1934 dem Wirken der Sozialdemokratie auch in Vorarlberg ein abruptes Ende. Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei und deren Organisationen wurden verboten. Führer, wie Anton Linder und andere, kurzfristig inhaftiert, in die Emigration oder in die Illegalität getrieben.

Dem Verbot der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Österreichs folgten die in der Illegalität tätigen „Revolutionären Sozialisten“. Jakob Bertsch (Frastanz) Josef Greussing (Lauterach), Alois Hammer (Lustenau), Franz Zoller und Emil Nesler (Bludenz) und andere aus dem linken Flügel der Partei, die meist in der Sozialistischen Arbeiterjugend politisiert worden waren, wirkten in der Illegalität weiter.

Sie nahmen ihren politischen Kampf gegen den Ständestaat mit dem Vertrieb von Flugschriften und Zeitungen auf, die oft getarnt durch harmlos erscheinende Badeausflüge, über die Schweizer Grenze nach Vorarlberg gebracht wurden. Im ersten Jahr der Illegalität gaben sie siebenmal die Zeitschrift „Kämpfer“, mit einer Auflage bis zu 500 Stück, heraus und verteilten diese im Unterland. Hergestellt wurde diese Zeitschrift unter tatkräftiger Mithilfe Schweizer Sozialdemokraten in St. Gallen. Auch die in Brünn (Tschechoslowakei) illegal hergestellte „Arbeiter Zeitung“ fand, mit Hilfe von Eisenbahnern, ihren Weg nach Vorarlberg. Wie im übrigen Österreich wurde sie auch hier zum wichtigsten Informationsorgan der Sozialisten.

Bei der vorarlbergweiten Koordination der illegalen Arbeit spielte Josef Greussing eine zentrale Rolle. Im Oktober 1937 wurde er von den politischen Behörden verhaftet. Im

folgenden Hochverratsprozeß mußte Greussing mangels Beweises freigesprochen und nach zweieinhalb Monaten Haft wieder freigelassen werden.

Nach dem Einmarsch der Nationalsozialisten lösten sich die Revolutionären Sozialisten in ganz Österreich auf. Viele Aktivisten standen aber anschließend im Widerstand gegen den Nationalsozialismus.

Wiederbeginn

Das Ende des Zweiten Weltkrieges bedeutete auch Ende von elf Jahren Illegalität der Sozialdemokratie seit dem Februar 1934. Drei Richtungen von sozialdemokratischen Funktionären begannen mit dem Neuaufbau: Die *Widerständler*, wie Jakob Bertsch, Emil Nesler, Josef Greussing, Franz Zoller oder Alois Hammer; die *Emigranten*, denen Anton Linder zu zuordnen ist und andere Funktionäre aus der Vorkriegszeit, welche nach den Wirrnissen des Dritten Reiches wieder politisch in Erscheinung traten.

Am 24. Mai 1945 wurde der Vorarlberger Landesauschuß, mit dem Landwirt Ulrich Ilg (ÖVP) an der Spitze, gebildet. Dieser provisorischen Landesregierung gehörten drei Sozialisten an: Jakob Bertsch (Feldkirch), Emil Nesler (Bludenz) und Hans Mayer (Bregenz). Vier der fünf Christlich-sozialen Vertreter im Landesausschuß (Ulrich Ilg, Eduard Ulmer, Karl Zerlauth und Adolf Vögel) hatten schon im Ständestaat hohe politische Funktionen innegehabt. Somit saßen sich in dieser ersten Landesregierung nach dem Zweiten Weltkrieg zwei Gruppen früher erbitterter Gegner gegenüber. Doch so wie auf Bundesebene stand auch in Vorarlberg Zusammenarbeit und Wiederaufbau im Vordergrund. Frühere Gegensätze wurden hintan gestellt.

Der Landtag wurde am 25. November 1945 gewählt. Mit 27,4 Prozent Stimmenanteil brachte es die SPÖ auf ein deutlich besseres Ergebnis als jemals in der Ersten Republik.

Allerdings bei wesentlich kleinerer Anzahl wahlwerbender Parteien als damals. Mit sieben von 26 Abgeord-



neten zogen sie in den neu gewählten Landtag ein. In der Landesregierung stellte die SPÖ mit Jakob Bertsch aus Feldkirch und Hans Draxler aus Bregenz zwei von sieben Mitgliedern. Anton Linder wurde 1945 in den Nationalrat und ein Jahr später zum Präsidenten der Arbeiterkammer gewählt. Landesvorsitzender der SPÖ wurde **Jakob Bertsch**.

Generationswechsel

Ende der Sechziger Jahre vollzog sich in der Vorarlberger SPÖ ein Generationswechsel. Jakob Bertsch war bis zu seinem Tod im Jahre 1957, Josef Schoder bis 1969 für die SPÖ in der Landesregierung. Beide waren ebenso wie die nachfolgenden Landesräte der SPÖ bis 1974, Hermann Stecher, Dr. Walter Peter und Ernst Winder, bodenständige Vorarlberger, zumindest in der zweiten Generation.

Waren es früher die *Fremdhäßigen*, welche die Vorarlberger Sozialdemokratie prägten, so waren nach 1945 überwiegend Funktionäre an der Spitze tätig, die in einer der Städte oder Marktgemeinden des Landes, aber auch in kleineren Orten, wie Frastanz, Vandans, Sonntag im Großen Walsertal, Dalaas, Nüziders oder Bürs aufgewachsen sind. Der Makel des „Fremdhäßigen“ traf nicht mehr in jenem Maße wie früher zu. Doch für bornierte *Alemannen* waren die Vorarlberger Sozialdemokraten auch weiterhin noch die nach Wien orientierte Partei. Zwar nicht mehr *Fremdhäßige* aber auch nicht *alemannisch* genug.

In der Arbeiterschaft konnte sie nach wie vor nur in bescheidenem Maße Wurzeln schlagen. Dies belegt auch das Ergebnis der Arbeiterkammerwahl 1969. Als Folge eines Zusammenspiels zwischen ÖAAB und FPÖ, verlor die SPÖ auch den Präsidenten der Arbeiterkammer. Ein Verlust, mit jahrzehntelangen Folgen.

Zumindest ab der mittleren Funktionärssebene waren in der SPÖ Beamte, Kammer- oder Gewerkschaftsfunktionäre und Eisenbahner überproportional vertreten. Eine der rühmlichen Ausnahmen verkörperte Josef Greussing, der Schmied aus Lauterach. Widerstandskämpfer im Ständestaat, von 1945 bis 1969 Landtagsabgeordneter. Außerdem war er viele Jahre Vorsitzender des sozialdemokratischen Arbeiter-Abstinentenbundes. Um so tragischer, daß er 1971 von einem betrunkenen Autofahrer zu Tode gefahren wurde, als er auf der Bregenzerachbrücke, so wie immer mit dem Fahrrad, unterwegs war.

Durchbruch

1970 begann mit Bruno Kreisky nicht nur die Ära sozialdemokratisch geführter Bundesregierungen in Österreich. Auch die Vorarlberger Sozialdemokraten spürten beachtlichen Aufwind. Bei der Nationalratswahl im Herbst 1971 erreichten sie mit 53.265 Stimmen, 36,6 Prozent und zwei Grundmandaten ihr absolut bestes Wahlergebnis in ihrem hundertjährigen Bestand. Dipl. Ing. Fritz Mayer wurde Bürgermeister der Landeshauptstadt Bregenz, Hermann Stecher Bürgermeister von Bludenz, später kamen die Bürgermeister von Bludesch, St. Gallenkirch und Schlins zu der bis dorthin einzigen sozialistisch geführten Gemeinde Bürs hinzu.

Der Durchbruch der SPÖ in Vorarlberg schien gelungen zu sein. Den Bürgermeister in der westlichsten Landeshauptstadt zwei Jahrzehnte hindurch unangefochten mit einer so starken Politikerpersönlichkeit wie Fritz Mayer zu stellen, der überdies einer Generationen hindurch traditionell sozialdemokratischen Familie entstammte, betrachtete auch Bruno Kreisky symbolhaft als den „roten Leuchtturm“ am Ufer der konservativen Bodenseeregion, der allen Stürmen trotzt. Daß dieses Symbol letztlich doch nicht stand hielt, ist bekannt.

Doch dem anfänglichen Höhenflug der SPÖ in den siebziger Jahren folgten schon recht bald starke Turbulenzen. Ernst Winder, seit knapp drei Jahren Landesrat der SPÖ, wurde nach der Landtagswahl 1974 von der ÖVP, geprägt von dem stark gestörten Verhältnis zwischen Landeshauptmann Dr. Herbert Kessler und Ernst Winder, vor die Tür gesetzt.

Eine Landesregierung ohne SPÖ-Beteiligung? Dies war im Grunde genommen für beide politischen Lager unvorstellbar. Bis zur letzten Stunde fanden zwischen einigen wenigen, aber maßgeblichen Repräsentanten beider Parteien, ohne Wissen der beiden Gegenpole Kessler und Winder, intensive Gespräche zur Lösung dieses Problems statt – letztlich allerdings ohne Erfolg. Für die ÖVP war Ernst Winder mit seiner Linie, Opposition in der Regierung zu spielen, in der eigenen Partei nicht mehr als Landesrat durchzubringen. Die SPÖ wollte und konnte sich nicht vorschreiben lassen, wen sie in die Regierung entsendet.

Es ist bekannt, dass maßgebliche Kreise in der ÖVP bis zum Schluß hofften, es werde doch noch zu einer Regierungsbeteiligung der SPÖ kommen, wenn auch ohne Ernst Winder. So trat die Vorarlberger SPÖ für das letzte Viertel ihres hundertjährigen Bestands den vom Wähler unbedankten Weg in die Opposition an.

Bereits fünf Jahre zuvor hatte die SPÖ den Präsidenten der Vorarlberger Arbeiterkammer verloren und nie mehr wiedererlangt. Somit hatte die SPÖ in der Landesregierung nichts mehr zu bewirken und in der Arbeiterkammer nur noch wenig zu sagen. Einzig in Bregenz und Bludenz und zwei kleineren Gemeinden, Bürs und Bludesch, hatte sie noch das Sagen.

Bürgermeister

Ab 1975 wurde sozialdemokratische Politik in Vorarlberg von der erfolgreichen Arbeit einiger weniger Bürgermeister geprägt. So war es logisch, daß 1976 Fritz Mayer, der Bürgermeister von Bregenz, so wie Hermann Stecher einer der wenigen gleichermaßen mächtigen wie erfolgreichen Politiker dieser Zeit in der Vorarlberger SPÖ, auch die Führung der Landespartei übernahm.

Der große politische Erfolg Fritz Mayers ist zweifelsohne, daß es ihm gelang der bürgerlichen Landeshauptstadt Bregenz für zwei Jahrzehnte einen deutlichen sozialdemokratischen Stempel zu geben. Unter seiner Führung machte die Landeshauptstadt eine dynamische Entwicklung. Der Autobahntunnel durch den Pfänder, der Citytunnel, der neue Bahnhof gehen ebenfalls auf sein Erfolgskonto wie die große Siedlung An der Ach, das neue Festspielhaus und vieles andere mehr.

Drei Vorzüge zeichneten Fritz Mayer aus: Seine ausgeprägte Volksverbundenheit, obwohl er sich selbst wiederholt als *Parteisoldat* bezeichnete. Seine Pflege von Kontakten über politische, gesellschaftliche und konfessionelle Grenzen hinweg, auch zu den Medien. Seine guten Beziehungen zu Bundeskanzler Bruno Kreisky und damit zu maßgeblichen Entscheidungsträgern in der Bundesregierung. Zudem konnte

Fritz Mayer auf eine von seinem Großvater Johann, dem „Sozi-Mayer“ und seinem Vater Josef Mayer gut aufbereitete sozialdemokratischen Basis in Bregenz aufbauen.

Am Beispiel Trassenführung der Autobahn, die nicht wie geplant am Bodensee entlang, sondern durch den Pfänder geführt wurde, hat Fritz Mayer der konservativen Übermacht im Lande, sowohl im Bregenzer Rathaus als auch im Landhaus, deutlich gezeigt, daß politischer Macht auch Grenzen gesetzt sind. Seine drei Vorzüge, die Stimme des Volkes zu hören, Kontakte zu den Medien zu pflegen und eine gute Beziehung zu Bruno Kreisky zu haben, brachten den Bregenzern den Pfändertunnel und ihm das Amt des Bürgermeisters.

Als Landesparteiobmann war **Fritz Mayer** weniger erfolgreich. Obwohl die planerische und bauliche Umstrukturierung des Verkehrs in Bregenz zur Errichtung eines zentralen Güterbahnhofes in Wolfurt führte und somit, wie an diesem Beispiel zu erkennen ist, auch landesweite Bedeutung hatte, haftete ihm bei den Funktionären anderer Bezirke das Image an, „für Bregenz alles, für die andern Regionen das was übrig bleibt“.

Speziell die Feldkircher und Dornbirner, aber auch Funktionäre aus den Umfeldgemeinden von Bregenz, wollten nicht wie die Bregenzer Stadtgenossen, nur auf die Pfeife des erfolgreichen Bürgermeisters hören. Die Bludenzer hingegen, waren stark durch den gleichfalls erfolgreichen Bürgermeister Hermann Stecher und dessen dominierenden Führungsstil geprägt, kooperierten daher eher mit den Bregenzern.

Die Umweltbewegten in der SPÖ hatten Probleme mit dem *Bagger-Fritz*, wie er sich selbst im Gemeindevahlkampf 1975 plakatieren ließ. Die Feldkircher kämpften (erfolgreich)

gegen den Kraftwerksbau an der unteren Ill und befanden sich damit im Konflikt mit dem überzeugten Kaftwerksbauer und *Illwerkler* Fritz Mayer, aber auch den *Illwerklern* aus dem Montafon. Die Gewerkschafter und die Linken in der SPÖ sahen sich durch den *Macher* nicht vertreten.

Letztlich befürchteten zahlreiche Ortsfunktionäre und Bezirksgranden von den Bregenzern, zum Beispiel bei der regionalen Verteilung der Mandate, überrollt zu werden. Überdies hatte Fritz Mayer zwischendurch bei der Bestellung des Landespartei sekretärs, seines *Statthalters* in der Parteiorganisation, einen schlechten Griff gemacht. So kam zu den inhaltlichen und ideologischen Gegensätzen, mit denen er konfrontiert war, zusätzlich noch eine nicht unbedeutende Welle organisatorischer Unzufriedenheit auf ihn zu.



Sein Lebenstraum, Vorstandsdirektor der Vorarlberger Illwerke zu werden, blieb auch unerfüllt. Bundeskanzler Fred Sinowatz, dem er diesen Wunsch äußerte, bedauernd: „*Fritz, wir brauchen dich als Bürgermeister von Bregenz!*“

Auf und ab

Im zu Ende gehenden Jahrhundert, die dunkle Zeit des Nationalsozialismus ausgenommen, hatten die Christlich-sozialen, später die ÖVP, im Land stets die Mehrheit und damit nicht nur die Möglichkeit den Ton anzugeben, sondern auch das politische Geschehen ohne wesentliche äußeren Einflüsse zu bestimmen. Mitsingen durfte nur, wer es dem Dirigenten nicht allzu schwer machte.

Auf der anderen Seite der politischen Waagschale gab es, zumindest in den letzten fünf Jahrzehnten, starke Bewegung. 1949 durfte der Verband der Unabhängigen (VdU) wieder zur Wahl antreten. Aufbauend auf das in Vorarlberg stets sehr starke national-liberale Lager erreichte der VdU, der Vorläufer der FPÖ, bei dieser Landtagswahl mehr Stimmen und Mandate als die SPÖ und verdrängten diese auf den dritten Platz.

Von 1954 bis 1994 waren wiederum die Sozialisten deutlich zweitstärkste Partei im Lande, auch wenn die Mandatsverteilung zwischen SPÖ und FPÖ stark schwankte. Seit der Landtagswahl 1994 liegt die FPÖ wieder vor der SPÖ.

1984 kam mit den Grünen eine vierte politische Kraft in den Landtag. Damit hatte drei Jahre zuvor, als das neue Landhaus in Bregenz eröffnet wurde, noch niemand gerechnet. Denn für eine mögliche vierte Kraft war im Landtagstrakt kein Raum reserviert.

Bei einer Analyse der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg stellt sich heraus, daß die SPÖ nie wirklich ernsthaft an der überwältigenden Dominanz der ÖVP rütteln konnte. Die Man-

datszahl der SPÖ war wesentlich mehr vom jeweiligen Befinden der FPÖ und später auch der Grünen beeinflusst. Oder vom eigenen Befinden.

Bei der Landtagswahl im Oktober 1964 erreichte die SPÖ einen Stimmenanteil von 29,5 Prozent und 10 Mandate. Diesem besten Ergebnis bei einer Landtagswahl in hundert Jahren Sozialdemokratie in Vorarlberg, folgte nur wenige Wochen später, am 21. November 1964, die Krise von Fußach. Es dauerte eineinhalb Jahrzehnt bis die SPÖ 1979 wieder ein annähernd so gutes Ergebnis bei einer Landtagswahl erzielen konnte. Bevor die Ergebnisse wieder talwärts sackten.

Fußach

Die beiden besten Wahlergebnisse bei Landtagswahlen, mit mehr als 29 Prozent Stimmenanteil und 10 Mandaten, verbuchte die SPÖ somit in jenen Jahren, nämlich 1964 und 1979, in denen politische Themen das Land beherrschten, welche gemeinhin nicht als gute Voraussetzung für Wahlerfolge gelten.

Zugegeben, der Befehl des damaligen sozialistischen Verkehrsministers Otto Probst, das neue Bodenseeschiff auf den Namen *Karl Renner* zu taufen, hat erst kurz nach dem Wahltag für übergroße Schlagzeilen und gewaltige Empörung gesorgt und zu einem Volksaufstand in Vorarlberg geführt. Doch die Vorbeben dieser, letztlich verhinderten Schiffstaufe von Fußach, waren schon viel früher bemerkbar. Im Gebälk der großen Koalition in Wien, damals unter Führung der ÖVP, knarrte es unüberhörbar, sie befand sich in den letzten

Atemzügen. Die Bundes-SPÖ war völlig desorganisiert und mit der Olah-Krise vollauf beschäftigt. Die Führung der Vorarlberger Sozialisten, zumindest in der Frage der Schiffs-
taufe heillos zerstritten.

Bereinigt konnte diese Situation erst in den Jahren danach werden. Im März 1965 legte Dr. Ernst Haselwandter sein Nationalratsmandat zurück. Ihm folgte **Roman Heinz** nach, welcher 1966 auch den Vorsitz der SPÖ Vorarlberg übernahm. Landespartei-
sekretär Paul Peter wurde aus der Partei ausgeschlossen und betätigte sich dann kurzfristig in der Olah-Partei.



Auch in der Bundes-SPÖ blieb kaum ein Stein auf dem anderen. Das miserable Ergebnis bei der Nationalratswahl 1966 bedeutete den Gang in die Opposition. Bruno Kreisky wurde 1967 in einer Kampfabstimmung, als Kandidat der Bundesländer, zum neuen Parteivorsitzenden gewählt.

Mag schon sein, dass die internen Differenzen der SPÖ bei der Landtagswahl 1964 noch nicht öffentlich publik waren, bestanden haben sie aber zweifelsohne. Bezahlt dafür wurde aber erst später.

Pro Vorarlberg

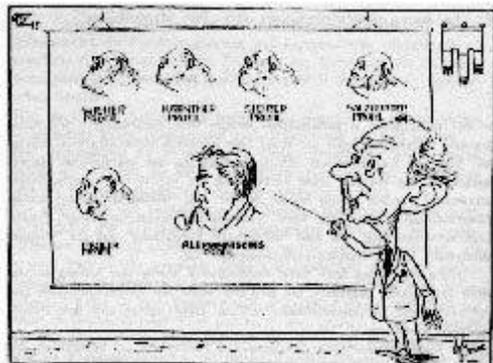
Anfangs September 1979, sechs Wochen vor der Landtagswahl, fand in der Viehmarktstraße 3 in Dornbirn, dem Sitz der Vorarlberger SPÖ, eine denkwürdige Präsidiumssitzung statt, kurz danach eine Vorstandssitzung.

Fritz Mayer, Landesparteiobmann, informierte über ein ausführliches Gespräch, welches er tags zuvor in der Kirchstraße geführt hatte. Eine Bürgerbewegung, die sich Pro Vorarlberg nenne, werde in den nächsten Tagen mit einem umfassenden Forderungspaket nach mehr Selbständigkeit und Selbstbestimmung für Vorarlberg an die Öffentlichkeit treten und die wahlwerbenden Parteien damit konfrontieren, habe ihm der Chefredakteur der Vorarlberger Nachrichten mitgeteilt. Weiters habe dieser die Meinung vertreten, wenn die SPÖ hier nicht mitgehe, werde sie ein „zweites Fußach“ erleben, zumal Exponenten der Landesregierung und der anderen Parteien die Zustimmung zu einem gemeinsamen Vorgehen schon signalisiert hätten.

Nach kurzem Durchatmen, denn die Folgen von Fußach, obwohl schon fünfzehn Jahre zurückliegend, waren noch in nachhaltiger Erinnerung, setzte eine lange, intensive, auch kontroversielle Debatte ein. Das Ergebnis, welches Fritz Mayer dem schon ungeduldig wartenden ORF-Journalisten vor laufender Fernsehkamera bekannt gab, überraschte den Reporter so sehr, dass er den Faden verlor und sein Interview nochmals beginnen mußte.

„Nein!“, sagte Fritz Mayer unmißverständlich, „wir finden diesen Forderungskatalog maßlos übertrieben und schädlich für das Land. Wir sagen dazu klar und eindeutig: Nein!“ Zugegeben, dem war ein schwieriger Entscheidungsprozeß vorangegangen, denn so knapp vor einer Landtagswahl müssen auch die Wirkungen in der Öffentlichkeit und damit die Auswirkung auf das Wahlverhalten, wohl überlegt sein. Gegen die geballte Argumentation der Landesregierung, der anderen Parteien, getragen von der größten Tageszeitung im Lande, zu agieren, ist kein leichtes Unterfangen.

Das Ergebnis der Landtagswahl sechs Wochen später, bestätigte eindrucksvoll: Konsequentes Handeln und politische Standfestigkeit werden honoriert, denn die SPÖ konnte an ihr bestes Ergebnis von 1964 anschließen.



Anders als die Anderen ?

Vom politische Kopf der Pro Vorarlberger dem ehemaligen Landesamtsdirektor Dr. Elmar Grabherr stammt die Evolutionstheorie mit der unterschiedliche Schädelform der Innerösterreicher und Alemannen

Karikatur von Dieter Zehentmayr in der NEUEN

Volksentscheide

Am 15. Juni 1980 war das Volk aufgerufen, über den inzwischen von der Regierungsmehrheit zu einem *10 Punkte Programm* modifizierten Forderungskatalog von Pro Vorarlberg abzustimmen. ÖVP und FPÖ, beide starke Befürworter des *10 Punkte Programms* wählten den bequemsten und die Finanzen schonendsten Weg. Sie bedienten sich der Landesregierung um mit Hilfe einer Werbeagentur für ein **Ja** zu werben. Bestmögliche mediale Unterstützung war durch die Vorarlberger Nachrichten ohnedies gegeben.

Erfolgreiche Wahlwerbung setzt voraus, die wesentlichste Kernaussage auf den Punkt zu bringen, sie wird damit



zwangsläufig plakativ. Die Befürworter taten dies mit dem Slogan „**JA zum Ländle**“, die SPÖ als einzige politische Kraft auf der Gegenseite, mit „*Los von Österreich? **Nein***“.

Am Tag der Volksabstimmung wurde mit einem überwältigten Ja-Votum, mit einer Zustimmung um die 85 Prozent gerechnet. Das Endergebnis brachte 69 Prozent Ja und 31 Prozent Nein und damit für manche Proponenten eine herbe Enttäuschung.

Der Anteil der Gegner einer Sonderstellung Vorarlbergs war damit doch sichtbar höher, als beim sehr guten Ergebnis der SPÖ bei der Landtagswahl ein halbes Jahr zuvor. Damit war klar, daß ein nicht zu übersehender Anteil der Vorarlberger dieser separatistischen Bewegung klar entgegen trat. Im Grunde genommen, war damit dieses Thema weg von der politischen Bühne.

Knapp zehn Jahre später wurde von der SPÖ eine Volksbefragung über ein LKW-Nachtfahrverbot initiiert, um der überbordenden Verkehrsbelastung in Vorarlberg Einhalt zu gebieten. Dieser inzwischen schon fast dem Gedächtnis entschwundenen Initiative der Vorarlberger SPÖ, stimmten 41,5 Prozent zu. Bei der Landtagswahl des gleichen Jahres erreichte die SPÖ jedoch lediglich 21,3 Prozent der Stimmen.

Obwohl bei diesem Volksbegehren nicht die Mehrheit erreicht wurde, hatte es indirekt doch nachhaltige Auswirkungen. Die Einschränkung des Schwerlastverkehrs, insbesondere in der Nacht, ist inzwischen in Österreich und europaweit eine wichtige verkehrspolitische Maßnahme.



Resümee

Die Vorarlberger Sozialdemokraten haben in den hundert Jahren ihres Bestands erreicht, von den ursprünglich *zugelaufenen Fremdhäßigen* zu einer anerkannten bodenständigen Partei des Landes zu werden. Sie haben es aber nicht geschafft, die bürgerliche, konservative, christlich-soziale Dominanz im Lande zu brechen. Die schon seit dem vorigen Jahrhundert in Vorarlberg sehr ausgeprägte christlich-soziale Gesellschaftsordnung hat verhindert, daß sie zur klassischen Arbeiterpartei, wie in anderen Industrie-regionen werden konnte.

Die Vorarlberger Sozialdemokraten haben in entscheidenden Situationen maßgeblich mitgewirkt. Am Beginn der Ersten und der Zweiten Republik hatten sie von der ersten Stunde an am Aufbau demokratischer Strukturen wesentlichen Anteil. Ihr *Nein* zu separatistischen Tendenzen, unbeschadet möglicher Nachteile in der tagespolitischen Auseinandersetzung, darf nicht unerwähnt bleiben.

Zahlreiche positive Vorhaben für das Land Vorarlberg in den vergangenen drei Jahrzehnten, basieren maßgeblich auf der guten Zusammenarbeit zwischen Vorarlberger Sozialdemokraten und der Bundesregierung. Beginnend von den Verkehrslösungen um den Bodensee oder durch den Arlberg, bis hin zur Bildung verschiedenster Kulturinitiativen im Land.

In mühsamer Kleinarbeit und mit Hartnäckigkeit konnten verstaubte konservative Strukturen aufgebrochen werden. Vorarlberg ist in dieser Epoche, auch durch sozialdemokratische Politik, *offener* geworden. Mißstände wurden angeprangert, Ungerechtigkeiten aufgezeigt und beseitigt.

Trotzdem, seit Jahrzehnten begleitet die SPÖ in Vorarlberg das Manko, über keine *logische* Führungspersonlichkeit zu verfügen. Nicht, daß es der Sozialdemokratie an fähigen und dafür geeigneten Personen fehlen würde. Sondern an bedeutenden öffentlichen Funktionen, mit deren Wahrnehmung Sozialdemokraten betraut sind: Kein Arbeiterkammerpräsident, kein Mitglied in der Landesregierung, keines im Landtagspräsidium und kein Bürgermeister einer Stadt.

Der Amtsbonus fehlt, welcher Kompetenz des Handelns vermittelt und damit zwangsläufig bessere Präsenz in Öffentlichkeit und Medien.

Der einzige, welcher das Glück und die Tüchtigkeit gleichermaßen hatte, wesentliche dieser Voraussetzungen zu erfüllen, war Fritz Mayer. „*Sozi-Mayer*“ wurde schon dessen Großvater titulierte. Der Enkel war lange Zeit der *rote Leuchtturm* im konservativen Westen Österreichs, am Ufer des Bodensees. Leider konnte auch er nicht allen Stürmen standhalten.

Fritz Mayer war der bedeutendste sozialdemokratische Politiker der siebziger und achtziger Jahre in Vorarlberg. Was den sichtbaren, bleibenden Erfolg anlangt, auch in der hundertjährigen Geschichte der Sozialdemokratie im Land.

Literaturnachweis

und zum lesen empfohlen:

Reinhard Mittersteiner:

„Fremdhäßige“, Handwerker & Genossen

Die Entstehung der sozialdemokratischen
Arbeiterbewegung in Vorarlberg

Vorarlberger Autorengesellschaft, 1994

ISBN 3-900754-15-2

Kurt Greussing (Hrsg):

Im Prinzip: Hoffnung

Arbeiterbewegung in Vorarlberg 1870–1946

fink`s verlag, 1984

ISBN 3-900438-07-9

Werner Dreier:

Zwischen Kaiser und „Führer“

Vorarlberg im Umbruch 1918-1938

fink`s verlag, 1986

ISBN 3-900438-1889

Bildnachweis:

Die Bilder wurden zum überwiegenden Teil dankenswerterweise von der Vorarlberger Autorengesellschaft zur Verfügung gestellt, einige sind aus dem Archiv des SPÖ-Landtagsclubs und des Autors.